Nach dem Informationsstand des ZNAS wurden in der letzten Zeit mehrere Anträge hinsichtlich eines Semestertickets gestellt.

Diese gingen von einem Semesterticket nach dem Modell des RVV – also solidarfinanziert – bis hin zu „kostenloses Fahren für Studierende im ÖPNV“. Dies solle „auch bis Nürnberg und Regensburg“ möglich sein.

Wie dieses „kostenlose Fahren“ aussehen solle wurde offenbar nicht näher definiert, also insbesondere, ob das Fahren tatsächlich ohne jegliche Beteiligung des Studierenden erfolgen solle oder aber dies umlagefinanziert wird nach dem Modell des RVV oder des VGN.

Hierin liegen erhebliche Unterschiede.

Das erste Problem liegt darin, dass der ZNAS für Tariffragen grundsätzlich nicht zuständig ist, da die Tarifhoheit grundsätzlich bei den Verkehrsunternehmen liegt.

Als nächstes müsste geklärt werden, was genau unter einem kostenlosen Fahren gemeint ist – ein echtes kostenloses Fahren ohne jegliches Entgelt durch den Studierenden oder ein Semesterticket – rabattiert oder solidarfinanziert nach den Vorbildern des RVV einerseits und des MVV und VGN andererseits.

Aus Sicht des ZNAS kann kein völlig kostenfreies Fahren gemeint sein. Ein solches Modell für Studierende existiert nach Kenntnis des ZNAS nirgends in Deutschland und wäre auch kaum realistisch umzusetzen – und würde zudem vermutlich ohne finanziellen Ausgleich an die Verkehrsunternehmen von der Genehmigungsbehörde, also der Regierung der Oberpfalz als überhaupt nicht genehmigungsfähig eingeschätzt.

Hierdurch entstehen den Unternehmen Einnahmeausfälle bei den Fahrgeldern, Einnahmeausfälle beim Ausgleich nach 45a PBefG durch den Freistaat Bayern und würde zu Sprungkosten bei den Unternehmen führen, da die Studierenden dann in der Regel vor allem während des Schülerverkehrs unterwegs sein werden, und dies obwohl zu diesen Zeiten bereits jetzt Kapazitätsprobleme bei Fahrzeugen und Fahrern bestehen.

Genau dieser Umstand hat in den letzten Jahren im RVV Gebiet zu massivem Streit zwischen Studierenden und dem RVV geführt.

Um einen bildhaften Vergleich zu führen: es käme vermutlich auch niemand ernsthaft auf die Idee, von den Amberger Gastronomen zu verlangen, für Studierende jeden Tag ein kostenloses Essen vorzuhalten.

Ein völlig kostenfreies Semesterticket gibt es nach Kenntnis des ZNAS in ganz Deutschland nicht, da dies grundlegenden Voraussetzungen des Personenbeförderungsrechts widersprechen würde. Die (privaten) Verkehrsunternehmen haben einen Rechtsanspruch darauf, notwendige Einnahmen zu erhalten – entweder durch Fahrgeldeinnahmen und/oder Ausgleichszahlungen. Hierauf hat auch die Regierung der Oberpfalz bei der Genehmigung der Tarifanträge der Unternehmen zu achten.

Wenn durch hoheitliche Akte Fahrgeldeinnahmen reduziert werden und wie hier Zusatzkosten entstehen, entsteht ein dauerhafter Ausgleichsanspruch.

Dies könnte daher nur bayernweit durch den Freistaat Bayern geregelt werden evtl. ähnlich wie es für Schwerbehinderte normiert wurde – dem ZNAS fehlen hierfür jegliche Befugnisse.

Der ZNAS wird daher ein solches Modell als Insellösung nur für den Raum Amberg nicht befürworten auch die Verbandsversammlung des ZNAS hat dies am 28. Oktober 2016 so gesehen und beschlossen, ein solches Modell weder organisatorisch noch finanziell zu unterstützen.

Sollte eine Kommune ernsthaft ein völlig kostenfreies Fahren von Studenten ohne jegliche finanzielle Beteiligung fordern, so wäre nach dem Verursacherprinzip die den Unternehmen wegfallenden Einnahmen und die anfallenden Sprungkosten zu ersetzen.

Aufgrund dieser Umstände kann nach Auffassung des ZNAS nur eine Art von bestehendem Semesterticket gemeint sein.

Es existieren in Deutschland zwei bis genau genommen drei Arten von Semestertickets.

Zum einen die „normalen“ Semestertickets, die rabattierte Zeitkarten darstellen und vom Studierenden beim Fahrer des Verkehrsunternehmens oder in der Vorverkaufsstelle erworben werden. Diese gelten für das gesamte Semester rund um die Uhr.

Im Bereich des Tarifs Oberpfalz Nord (TON) gibt es auf Initiative des ZNAS seit 2011 ein solches Semesterticket. Für das Stadtgebiet Amberg kostet dies derzeit 30,50 EUR im Monat und somit 1/3 weniger als eine normale Monatskarte.

Eine höhere Rabattierung – die sogar von den Verkehrsunternehmen unterstützt wurde – hat die Regierung der Oberpfalz wegen des 45a Ausgleichs als nicht genehmigungsfähig angesehen. Dieses Angebot nehmen die Studierenden so gut wie gar nicht wahr. Die Zahl der verkauften Semestertickets liegt aktuell bei unter 30 am Standort Amberg.

Zum anderen existiert ein Semesterticket auf Solidarbasis wie z.B. in Reinform im RVV und eine Mischform im VGN und im MVV.

Der Eindruck, es handele sich hierbei um ein völlig kostenloses Ticket, geht aber völlig fehl.

Bei dieser Variante gibt es eine Vereinbarung zwischen dem jeweiligen Studentenwerk und den Verkehrsunternehmen oder Tarifverbund (mangels Tarifhoheit also nicht mit dem Aufgabenträger).

Das Studentenwerk führt die Einnahmen direkt an den Tarifverbund ab, der dies dann auf die Verkehrsunternehmen verteilt, um die Einnahmeausfälle und ggf. Sprungkosten zu kompensieren.

Jeder Studierende innerhalb der Uni oder FH, für die dieses Semesterticket vom Studentenwerk angeboten wird, hat einen Zwangszuschlag auf den Studentenwerksbeitrag zu leisten, egal ob er den ÖPNV nutzen will oder nicht. Im Gegenzug fährt er im Geltungsbereich des Tarifverbundes in Verbindung mit seinem Studentenausweis grundsätzlich ohne weitere Zusatzkosten frei. Hintergrund ist hierbei der Solidargedanke.

Allerdings setzt die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes hier enge Grenzen, die Höhe des Solidarzuschlages darf einen bestimmten Anteil am Bafög-Höchstsatz nicht überschreiten. Dieser Anteil ist derzeit bei ca. 65 EUR pro Semester.

Wäre der geforderte Solidarbeitrag höher, könnte jeder einzelne Studierende mit einer Klage, die mit allergrößter Wahrscheinlichkeit erfolgreich wäre, das ganze System zu Fall bringen.

Aus diesem Grund gibt es dieses Modell in großen Verbänden wie MVV oder VGN überhaupt nicht. Der VGN kalkuliert für ein verbundweites solidarfinanziertes Semesterticket derzeit mit ca. 120 EUR. Ein solches wird es also weder im MVV noch im VGN geben. Je größer ein Tarifverbund umso höher müsste ein solcher Zuschlag bemessen sein, um die Einnahmeausfälle abdecken zu können. In manchen Tarifverbänden gilt dieses solidarfinanzierte Semesterticket daher auch nur auf bestimmten Strecken oder Strecken einiger Verkehrsunternehmen.

Im RVV, bei dem es ein solches solidarfinanziertes Semesterticket in Reinkultur noch gibt, hat dies in den vergangenen Jahren zu massiven Problemen geführt, da die Unternehmen erhebliche Einnahmeausfälle hatten (enorm gestiegene Studierendenzahlen sowie Einführung der Bachelorstudiengänge mit der Konsequenz, dass die Studierenden in der Regel kurz vor 8 Uhr unterwegs sind, also zur Hauptverkehrszeit in der alle unterwegs sind - Schüler, Berufspendler und jetzt Studierende. Dies habe zu massiven Kostensprüngen bei den Unternehmen geführt, da die Kapazitäten nicht mehr ausreichten). Der RVV wollte daher den Solidarbeitrag deutlich anheben. Dagegen liefen die Studierenden massiv Sturm, es kam über lange Zeit hinweg zu massiven Spannungen zwischen RVV und der Studentenschaft. Als Nebeneffekt entscheiden bei dieser Konstellation die Studierenden und nicht mehr die Aufgabenträger und der Tarifverbund, ob ein Tarifverbund erweitert wird. Im RVV wurde von den Studierenden aus diesem Grund über 4 Jahre hinweg die Erweiterung bis Sulzbach-Rosenberg blockiert, weil man aus grundsätzlichen Erwägungen nicht 20 Cent mehr Solidarbeitrag pro Semester zahlen wollte.

Aufgrund dieser Probleme mit solidarfinanzierten Semestertickets in Reinkultur, die deutschlandweit zunehmen, hat der MVV ein eigenes Modell entwickelt, das sich immer mehr Tarifverbünde anschließen, so aktuell der VGN für den Studienstandort Nürnberg/Erlangen:

Dieses Semesterticket nach MVV Modell besteht aus zwei Bausteinen – einem solidarfinanzierten Basisticket und einem individuellen Zuschlagsticket. Der VGN hat 2015 dieses MVV Modell im Wesentlichen übernommen:

Im VGN gilt das solidarfinanzierte Basisticket, das von jedem Studierenden über den erwähnten Zwangsaufschlag auf den Studentenwerksbeitrag erworben wird, Montag bis Freitag von 19.00 Uhr bis 06.00 Uhr (kein Schreibfehler!) und Samstag und Sonntag rund um die Uhr. Der Zuschlag liegt dabei knapp unter der rechtlich zulässigen Höchstgrenze.

Der Studierende, der den ÖPNV zu anderen Zeiten nutzen will – also Montag bis Freitag von 06.00 Uhr bis 19.00 Uhr – muss ein Zusatzticket erwerben, das derzeit ca. 200,00 EUR pro Semester kostet.

Dadurch wird zum einen die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes umgesetzt, andererseits werden Sprungkosten weitgehend vermieden.

Diese Zahlen können jedoch nur angeboten werden, weil sich alle Aufgabenträger im VGN – also auch die Stadt Amberg und der Landkreis Amberg-Sulzbach über den ZNAS – an einer Ausfallbürgschaft in Höhe von insgesamt 1,7 Mio. EUR pro Semester beteiligen. Wird die Verkaufsquote von rund 37% des Zusatztickets nicht erreicht – dies ist im Sommersemester 2016 der Fall gewesen, muss der Steuerzahler für die Ausfallbürgschaft eintreten. Nur dadurch können die Einnahmeausfälle für die privaten Verkehrsunternehmen ausgeglichen werden. Andernfalls hätten die Verkehrsunternehmen der Einführung eines Semestertickets im VGN nicht zugestimmt – und es hätte es dann auch nicht gegeben, da auch hier die Unternehmen die Tarifhoheit besitzen.

Bereits im März 2009 hatte sich der ZNAS mit der damaligen HAW Amberg-Weiden bzw. dem hierfür verantwortlichen Studentenwerk Oberfranken in Verbindung gesetzt mit dem Ziel, ein solidarfinanziertes Semesterticket einzuführen. Laut der HAW habe eine Umfrage unter den Studierenden ergeben, dass keinerlei Interesse an einem solchen Semesterticket, das mit einem Aufschlag auf den Studentenwerksbeitrag von den Studierenden selbst finanziert werden müsse, bestehe.

Im Juli 2011 nahm der ZNAS nochmals Kontakt mit dem Studentenwerk Oberfranken auf, da zu dieser Zeit ein solidarfinanziertes Semesterticket an der FH Hof eingeführt wurde.

Das Studentenwerk Oberfranken hat zugesichert, nochmals eine Meinungsabfrage unter den Studierenden durchzuführen und sich dann beim ZNAS zu melden.

Eine Rückmeldung erfolgte nicht.

Der ZNAS hat dennoch erneut am 17.10.2014 ein Antrag an die Tarifkommission des Tarifs Oberpfalz-Nord (TON) gestellt.

Gegenstand des Antrags war das Anliegen des ZNAS, die Tarifkommission möge die Möglichkeiten prüfen, inwieweit in dem bestehenden Semesterticket des TON solidarfinanzierte Elemente nach dem Muster des VGN eingefügt werden könnten und das Semesterticket somit attraktiver gemacht werden könnte.

Die TON Tarifkommission hat diesen Antrag bei der TON Gesellschafterversammlung am 04.11.2014 zur Diskussion gestellt.

Völlig ablehnende Aussagen kamen dabei seitens der Regierung der Oberpfalz – der Genehmigungsbehörde für alle Tarifangelegenheiten.

Herr Winczek und Herr Kleber sahen ein solches Modell nicht genehmigungsfähig an. Zudem sei das Modell im RVV ein erhebliches Draufzahlgeschäft für den RVV und für die Unternehmen, da durch die Menge an Studenten massive Sprungkosten entstanden seien. Im RVV habe das Semesterticket eine Menge Ärger verursacht. Die Regierung plädiere daher, den Vorschlag des ZNAS nicht weiterzuverfolgen.

Die Landkreise Tirschenreuth und Schwandorf verwiesen darauf, dass im TON die Schiene nicht vertreten sei und ein Semesterticket wie vorgeschlagen daher sinnlos sei.

Die Unternehmer beschlossen daraufhin einstimmig, dem Antrag des ZNAS nicht zuzustimmen.

Aus Sicht des ZNAS hat dieser alles versucht, ein solidarfinanziertes Semesterticket einzuführen.

Man müsse einfach zu Kenntnis nehmen, dass bislang offenbar auf Seiten der Mehrheit der Studierenden in der Region kein Interesse an einem solidarfinanzierten Semesterticket.

Es dürfte klar sein, dass bei massiven Vergünstigungen für Studierende erhebliche Sprungkosten für die Unternehmen entstehen werden, für die irgendjemand aufkommen müsse.

Logischerweise müsste dies die Nutzergruppe sei, die den Vorteil daraus zieht, also die Studierenden über den Weg eines Zuschlages auf den Studentenwerksbeitrag.

Nachdem sich auch die ZNAS Verbandsversammlung in der Sitzung vom 28. Oktober 2016 mit dem Thema beschäftigt hat, wurde dort beschlossen, dass ein völlig kostenloses Fahren für Studierende nicht weiterverfolgt wird, ein solidarfinanziertes Modell jedoch die Unterstützung des ZNAS habe, wenn diejenigen, die den Nutzen daraus ziehen, auch für die Kosten aufkommen.

Aufgrund dessen hat die ZNAS Geschäftsstelle Anfang in dieser Woche nochmals Kontakt mit dem Vorsitzenden der Tarifkommission Oberpfalz Nord, Herrn Meller von der RBO und dem Studentenwerk Oberfranken aufgenommen.

Grundsätzlich könne sich der Tarifverbund ein solidarfinanziertes Semesterticket vorstellen, wenn dies zu keinen Einnahmeverlusten oder nicht gedeckten Mehrausgaben bei den Verkehrsunternehmen führt.

Allerdings sei das Problem zu lösen, dass die Schiene nicht im TON integriert ist.

Das Studentenwerk Oberfranken hat zugesagt, noch 2016 erneut die Meinung der Studierenden abzufragen. Bei dem Treffen werden auch der Sprecher des TON Tarifverbundes und der ZNAS anwesend sein. Das Studentenwerk Oberfranken hat bereits angedeutet, dass es durchaus möglich sein kann, dass ggf. nicht alle Schienenstrecken in den Geltungsbereich eines möglichen Semestertickets aufgenommen werden. Dies sei in Oberfranken desöfteren der Fall, wenn sich private Eisenbahnunternehmen dem Verschließen. Sofern die Studierenden wider Erwarten nun doch Interesse an einem solidarfinanzierten Semesterticket haben sollten, wird der

Hauptverhandlungspunkt sicherlich die Höhe des Solidarbeitrages sein. Im RVV beträgt dieser derzeit (Wintersemester 2016/2017) 86,30 EUR

Aus Sicht des ZNAS ist eine andere Lösung als das solidarfinanzierte Modell im RVV oder der MVV/VGN Version völlig unrealistisch und nicht finanzierbar, wenn das derzeitige, erheblich rabattierte TON-Semesterticket als nicht ausreichend angesehen wird.

Verteiler:

Verbandsräte

Vertreter

Verbandsmitglieder

Reg. SG 12

Reg. SG 21